

14. Juni 2023

## Interpellation

Samuel Balsiger (SVP)  
und Johann Widmer (SVP)

Im Artikel 116 der Kantonsverfassung steht: «Kanton und Gemeinden führen qualitativ hochstehende öffentliche Schulen. Diese sind den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet. Sie sind konfessionell und politisch neutral.»

Mit dem Postulat 2022/621 forderte die SVP den Stadtrat auf, diesen kantonalen Verfassungsauftrag endlich umzusetzen. Denn radikale Strömungen missbrauchen die Volksschule immer öfters für linke Propaganda.



So auch am 14. Juni 2023 beim Schulhaus Altstetterstrasse. Der Erstunterzeichner war vor Ort, als Lehrerinnen zu Beginn der 10-Uhr-Pause auf dem Schulgelände mehrere Werbebanner vom sogenannten «Feministischen Streik» aufhängten. Diese politisch motivierte Aktion verstösst gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung. Warum werden Schulkinder mit politischer Propaganda belästigt?

Der Erstunterzeichner gab sich als Gemeinderat aus, der diese Aktion in die Öffentlichkeit tragen werden. Die anwesenden Schulangestellten erlaubten ausdrücklich, Bilder zu machen. Die Schulleitung sei über das Aufhängen der Werbebanner nicht informiert, was aber nicht heisse, dass sie gegen die Aktion sei. Dass die Aktion gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung verstösst, sei egal.

Unter den Lehrerinnen seien die Werbebanner verteilt worden. Ob die politischen Werbebanner auch im Schulhaus hängen, konnte der Erstunterzeichner nicht kontrollieren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Einschätzung: Lehrpersonal, welches während des Schulbetriebes auf dem Schulgelände politische Werbebanner aufhängen, verstossen gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung. Dieser verpflichtet die Volksschule zur politischen Neutralität. Falls der Stadtrat diese Einschätzung nicht teilt, warum nicht?
2. Welche Konsequenzen wird das Aufhängen der politischen Werbebanner auf dem Schulhaus Altstetterstrasse nach sich ziehen?
3. Inwiefern betrifft diese politische Aktion auch das Personalrecht?
4. Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass der Artikel 116 der Kantonsverfassung endlich auch in allen Schulhäusern in der Stadt Zürich umgesetzt wird?



Lehrerinnen hängen während der 10-Uhr-Pause politische Propaganda vor den Kindern auf. Diese Aktion verstösst gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung. (Die Schulkinder sind bewusst nicht im Bild.)